Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/03/2020

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 22.01.2020, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung	:	19:00 Uhr
Ende der Sitzung	:	20:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk	

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	
Herr Peter Egan	i. V. f. Herrn Dr. Steuer
Herr Rolf Griesenberg	
Herr Detlef Levenhagen	i. V. f. Herrn Gaumann
Frau Nadine Levenhagen	
Herr Wolfgang Schäfer	i. V. f. Herrn Falke
Herr Erik Schrader	

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel	
Herr Burkhart Bertram	
Herr Stefan Gertz	bis 20:09 Uhr; TOP 7
Herr Klaus Goldbeck	
Herr Jan Jasper Lauert	i. V. f. Frau Hansen
Herr Rainer Möller	ab 20:09 Uhr; TOP 7 stimmenberechtigt für Herrn Gertz

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus	Kinder- und Jugendbeirat, öffentlicher Teil
Frau Celine Nowottka	Kinder- und Jugendbeirat, öffentlicher Teil
Frau Karen Schmick	

Sonstige, Gäste

Björn Schönefeld	Kreis Stormarn, FD Planung und Verkehr, zu TOP 7

Verwaltung

Frau Jasna Makdissi
Frau Jule Lehmann
Herr Ulrich Kewersun — Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Uwe Gaumann
Frau Susanna Hansen
Herr Dr. Detlef Steuer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

3. Einwohnerfragestunde

4. Festsetzung der Tagesordnung

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2020 vom 08.01.2020

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO
— k e i n e —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Anfrage der FDP-Fraktion zu Strafzinsen in der Städtebauförderung

7. Teilnahme am Reallabor Hamburg mit einem On-Demand-Angebot

8. Anfragen, Anregungen, Hinweise

8.1. Papierkörbe nach Erneuerung der Nebenanlagen Manhagener Allee

8.2. Unebenheit im Zuge des Bauvorhabens Hamburger Straße 158

8.3. Zeitplan für das öffentliche WC Große Straße

8.4. Bauleitplanung und VE-Plan für das Grundstück Alte Reitbahn

8.5. Sitzung am 05.02.2020 fällt aus

8.6. Zeitplan für die Erneuerung der Hamburger Straße (Nord)

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere als Gast Herrn Schönefeld von der Kreisverwaltung, und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Jürgen Siemers spricht als Vorsitzender des Bürger- und Grundeigentümervereins „Waldgut Hagen“ e. V. die Beleuchtung der Manhagener Allee, im Abschnitt Am Aalfang bis Lohkoppel an und bittet Verwaltung und Politik zu überprüfen, ob die Ausleuchtung der neu hergestellten Nebenanlagen mit den LED-Leuchten so gewollt ist bzw. ausreicht. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass die Beleuchtung in einigen Straßenabschnitten eben nicht - wie offensichtlich hier - die Farbahn in dem Fokus hat. Der Hinweis sei als generelle Anmerkung zu verstehen.

Herr Peter Elmers bezieht sich auf die neue Bebauung des Grundstückes Hamburger Straße 25 - 27, der verbunden war mit einer längeren Sondernutzung des öffentlichen Straßenraumes am AOK-Knoten und der damit verbundenen Aufhebung der einbezogenen Bushaltestelle. Auf den Hinweis, dass die Bordsteinkante evtl. nicht die erforderliche Höhe besitzen soll und die Gesamtanlage nicht barrierefrei hergestellt sei, dankt die Verwaltung für den Hinweis, der ggf. im Zuge der endgültigen Flächenabnahme beachtet wird.

Des Weiteren bestätigt die Verwaltung, auf die Nachfrage von Herrn Elmers, dass die Haltestelle mit der Bezeichnung „Moltkeallee“ in der Manhagener Allee seit Mitte Dezember 2019 tatsächlich aufgehoben worden ist. Es ist doch zu einigen Beschwerden gekommen, insbesondere von Bewohnern der Moltkeallee, die nunmehr eine längere fußläufige Strecke zur nächsten Haltestelle zurückzulegen haben. Aufgearbeitet wird, dass es sich um einen politischen Beschluss des BPA handelte, der weniger mit dem Radverkehr als vielmehr dem Erhalt einiger Parkplätze zu tun hatte.

Frau Nicole Lampe vertritt einige Bewohner im Bornkampsweg, sowie den Verein Robben e. V. und hat sich mit Schreiben/E-Mail vom 22.01.2020 an die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenden Parteien gewandt, mit der Bitte den dargestellten Anregungen nachzukommen. Man kommt überein, das Schreiben dem Protokoll beizufügen, ebenso die beiden ergänzenden Schilderungen zur individuellen Verkehrssituation.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 09.01.2020 vorgeschlagene Tagesordnung.

Ein Ausschussmitglied bittet, die Tagesordnung um eine in nicht öffentlicher Sitzung zu beratende Angelegenheit zu ergänzen, bei dem überwiegend Belange des öffentlichen Wohls berührt sind.

Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag um Ergänzung und auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei dem neuen Tagesordnungspunkt 9 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür
1 Enthaltung (SPD)

Der Bau- und Planungsausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Letztlich wird über die gesamte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2020 vom 08.01.2020

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— k e i n e —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Anfrage der FDP-Fraktion zu Strafzinsen in der Städtebauförderung

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die bereits in der BPA-Sitzung am 15.01.2020 angesprochene Angelegenheit. Die formlose Anfrage der FDP-Fraktion betraf die Strafzinsen, die für die abgerufenen Fördermittel geleistet werden müssen, wenn diese nicht innerhalb eines relativ kurzen und meist nicht einzuhaltenden Zeitraumes eingesetzt worden sind.

Dem Protokoll sind als **Anlage** beigefügt die Anfrage, die Beantwortung durch die Verwaltung sowie das Schreiben des Innenministeriums Schleswig-Holstein. Dieses teilt mit Schreiben vom 31.07.2019 mit, dass mit Erlass der neuen Städtebauförderrichtlinie Schleswig-Holstein 2021 die Strafzinsen für die Kommunen gänzlich entfallen sollen und bereits gezahlte oder noch zu zahlende Strafzinsen den Kommunen in Form von Umschichtungsmitteln wieder gutgeschrieben werden.

Der BPA nimmt Kenntnis.

7. Teilnahme am Reallabor Hamburg mit einem On-Demand-Angebot

Nachdem an die Vorstellung der On-Demand-Verkehre von MOIA am 18.12.2019 und von VHH/IOKI am 08.01.2020 erinnert worden ist, erläutert die Verwaltung den Stand des laufenden Verfahrens anhand des dem Protokoll als **Anlage** beigefügten Vortrages. Danach scheint im Rahmen des geförderten Projektes Reallabor noch ein Wechsel des On-Demand-Anbieters möglich zu sein, der gemäß Beschluss vom 18.12.2019 zunächst MOIA ist. Im Vortrag werden die unterschiedlichen Ansätze der beiden Anbieter in Form der sich offensichtlich ergebenen drei Varianten herausgearbeitet und auf den einzuhaltenden Terminplan verwiesen. Einzelheiten wären in den kommenden Tagen mit der Hamburger Hochbahn AG zu koordinieren, die bis zum 31.01.2020 die gesamte Vorhabenbeschreibung einzureichen hat.

Der Vertreter des Kreises Stormarn schildert das auch aus seiner Sicht die Beteiligten teilweise überfordernde Förderprojekt, für das es bisher keine festgeschriebenen Richtlinien gebe. Während das Projekt VHH/IOKI den Vorteil habe, in den öffentlichen Verkehr mit Tarifintegration eingebunden zu sein, handelt es sich bei MOIA eher um einen taxenähnlichen Betreiber.

Der Kreis habe durch einen Beschluss des Verkehrsausschusses im August 2019 zur Weiterentwicklung des ÖPNV vorgegeben zu versuchen, das IOKI-Projekt im dörflich strukturierten Bereich um die Gemeinde Brunsbek, in dem es seit geraumer Zeit Probleme mit dem Angebot des Anruf-Sammel-Taxi gebe, einzuführen. Dieses Projekt habe man über die Süderelbe AG ins Reallabor integriert, wobei der Kreis Stormarn auch dort nicht direkt beteiligt ist und dementsprechend keine Teilvorhabenbeschreibung einreicht.

Während MOIA keine Anbindung an den ÖPNV besitzt, würde man VHH/IOKI inhaltlich begleiten. Bei der Beschreibung sollte man ein Alleinstellungsmerkmal hervorheben und sich von den zwei Teilprojekten mit IOKI-Beteiligung, die auf die Erschließung von Gebieten mit Gewerbe und Dörfern abzielen, abgrenzen. Empfohlen wird daher, auf die Erschließung der Innenstadt einer Kommune mit rund 35.000 Einwohnern abzustellen, einschließlich der Anbindung unterversorgter Stadtteile wie den Hagen, Ahrensfelde oder Wulfsdorf. Es gebe auch für dieses Szenario bereits einen Entwurf einer Teilvorhabenbeschreibung.

Ziel müsse es generell sein, den Kostenrahmen mit Hilfe einer guten Analyse, die IOKI selbst in entsprechender Tiefe entwickelt hat und vorschalten würde, zu begrenzen und die erforderlichen Mittel zielgerichtet einzusetzen. Die Praxis-Einführung wäre frühestens zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 möglich, auch angesichts der Auswirkungen auf den HVV-Linienbusverkehr; Voraussetzung sei die Bereitstellung der bisher nicht eingeplanten Haushaltsmittel, sowohl beim Kreis Stormarn, als auch bei der Stadt Ahrensburg.

In der anschließenden Diskussion verdeutlichen viele Ausschussmitglieder, dass sie auch für ihre Fraktionen eine Teilnahme am Reallabor Projekt mit dem Konzept VHH/IOKI für nachhaltiger halten.

Die Probezeit sollte sinnvollerweise wegen der benötigten Aussagekraft über sechs Monate hinausgehen und eine Verknüpfung zum ÖPNV aufweisen. Neben dem anstehenden „Umbau der Innenstadt“ sollte auch ein Fokus auf die Anbindung an die vier Bahnhöfe - insbesondere den Bahnhof Ahrensburg, mit den überlasteten P+R-Anlagen - gesetzt werden; der Tageszeitraum sollte die Geschäfts-/Pendlerzeiten berücksichtigen, neben den Problemen/Lücken im Abend-/Spätverkehr durch Linienbusse. Bei der Antragstellung sollte sowohl auf die Kfz-Dichte als auch auf die stark eingeschränkte Erreichbarkeit des Zentrums durch größere Fahrzeuge abgestellt werden. Vorteile des IOKI-Angebotes werden auch in dem Analyse-Tool als Teil der Konzeption gesehen, zu dem in der Verknüpfung mit dem ÖPNV einschließlich der damit einhergehenden Auswirkungen auf die Strecken- und Tarifstrukturen.

Einzelne Ausschussmitglieder betonen, dass das MOIA-Konzept etwa mit der sinnvollen Anbindung zum Flughafen Fuhlsbüttel andere, eher sich wirtschaftlich selbst tragende Angebote verfolge und damit auch eine Konkurrenz zum Taxengewerbe darstelle. Dieses Angebot scheint in Ballungsräumen wie Hamburg sinnvoller umsetzbar zu sein.

Geklärt wird zu den zunächst für das VHH/IOKI-Projekt grob erwähnten Kosten von rund 850.000 €, dass es sich um eine grobe Kalkulation handelt, zuzuordnende Einnahmen einschließlich des Tarifzuschlages mit einer Quote von rund 30 % und daneben evtl. Einsparungen im Linienbusverkehr gegenzurechnen wären.

Entscheidend sei im Endeffekt der Förderbescheid, mit dem im März 2020 zu rechnen ist und auf dessen Basis über die Machbarkeit unter Berücksichtigung der wahrscheinlich zusätzlich im städtischen Haushalt bereitzustellenden Mittel entschieden werden muss.

Nachdem klargestellt worden ist, dass es in der heutigen Entscheidung zunächst um eine Antragstellung geht und auch der Kreis Stormarn wegen der Überfrachtung aller Beteiligten von einer Einbeziehung beider Verkehrsanbieter abrät, wird an den am 18.12.2019 gefassten BPA-Beschluss erinnert, der auf die MOIA-Vorstellung abzielt. Daraufhin übernimmt es ein Ausschussmitglied einen Antrag zur Änderung dieses Beschlusses zu stellen. Über den entsprechend geänderten **Beschlussvorschlag** in nachfolgender Fassung wird abschließend entschieden:

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt die Teilnahme der Stadt Ahrensburg am Reallabor Hamburg in Zusammenarbeit mit der Hamburger Hochbahn, der VHH und IOKI weiterzuverfolgen und entsprechend der vorgestellten Variante 2 einen Antrag in Form einer Teilvorhabenbeschreibung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

8. Anfragen, Anregungen, Hinweise

8.1. Papierkörbe nach Erneuerung der Nebenanlagen Manhagener Allee

Nachdem die Erneuerung der Nebenanlagen in der Manhagener Allee zwischen Am Aalfang und Lohkoppel nahezu abgeschlossen worden ist, wird gebeten zu überprüfen, ob die öffentlichen Abfallgefäße wieder installiert worden sind; ggf. wäre dieses kurzfristig nachzuholen.

8.2. Unebenheit im Zuge des Bauvorhabens Hamburger Straße 158

Das betreffende Grundstück liegt zwischen Hamburger Straße, Waldemar-Bonsels-Weg und U1-Trasse, es wurde mit einem Mehrfamilienhaus einschließlich Tiefgarage bebaut, deren Abgrenzung für den unmittelbar angrenzenden öffentlichen Bereich eine Gefahrenquelle darstellt, insbesondere da die Unebenheit bei Dunkelheit nicht entsprechend ausgeleuchtet wird. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu überprüfen.

8.3. Zeitplan für das öffentliche WC Große Straße

Auf die wiederholte Frage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass die Einrichtung nach Durchführung einer Ausschreibung inzwischen beauftragt werden konnte. Die Beauftragung umfasst auch die Fundamente für das Standardmodell. Die Lieferung wurde für Anfang Mai 2020 angekündigt. Nach Abschluss des bauaufsichtlichen Verfahrens und Herstellung der erforderlichen Anschlüsse ist damit zu rechnen, dass die Anlage Ende Mai 2020 in Betrieb gehen kann.

8.4. Bauleitplanung und VE-Plan für das Grundstück Alte Reitbahn

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass nach dem derzeitigen Zeitplan eine Beratung im BPA noch im März 2020 vorgesehen ist.

8.5. Sitzung am 05.02.2020 fällt aus

Zu der nächsten BPA-Sitzung hätte am 23.01.2020 eingeladen werden müssen. Da keine dringend zu beratenden Vorlagen existieren wird empfohlen, am 05.02.2020 keine Sitzung durchzuführen.

8.6. Zeitplan für die Erneuerung der Hamburger Straße (Nord)

Auf Nachfrage wird der Sachverhalt nochmals kurz erläutert:

In seiner Sitzung am 04.12.2019 hat der BPA den eigentlichen Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/139 ergänzt und insofern folgenden Teilbeschluss gefasst:

3. Mit dem Bau darf erst begonnen werden, wenn sichergestellt ist, dass die provisorischen Parkplätze auf der heutigen Rasenfläche des Stormarnplatzes gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden können.

Zwar hatte der UA in seiner Sitzung am 24.06.2019 (vgl. Protokoll Nr. 06/2019, TOP 5.3) folgenden Beschluss gefasst (vgl. Antrag Nr. 35/2019):

> Der temporäre Parkplatz auf dem Stormarnplatz wird frühestens mit der Schließung des Parkplatzes auf der Altern Reitbahn geöffnet.
>
> Der zeitliche Ablauf der Herstellung des Provisorischen Parkplatzes wird mit den Baumaßnahmen auf der Alten Reitbahn so koordiniert, dass er genau rechtzeitig zur Verfügung steht.
>
> Dieser Parkplatz wird geschlossen, entweder bei Baubeginn der Tiefgarage oder wenn der Beschluss gefasst wird keine Tiefgarage zu bauen.

Dem entspricht die Entscheidung der STV am 24.06.2019 (TOP 22 „Stormarnplatz – Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparks“):

> Der UA gibt die Wiese hinter dem Rathaus temporär für die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes frei. Dieser **dient ausschließlich zur Kompensation der wegfallenden Parkplätze auf der Alten Reitbahn** und für Baustelleneinrichtungen zur Rathaussanierung.

Nach Kenntnis der Verwaltung beabsichtigt aber die CDU-Fraktion, ihren im UA am 08.01.2020 nicht beschlossenen Antrag AN/128/2019 in die nächste Stadtverordnetenversammlung am 24.02.2020 einzubringen. Es handelt sich ggf. um eine Abänderung/Erweiterung des bestehenden Stadtverordnetenbeschlusses.

In der Analyse wird festgestellt, dass sich die Beschlüsse/Entscheidungen vom BPA am 04.12.2019 und vom UA am 08.01.2020 nicht direkt widersprechen und nur zwei Voraussetzungen formuliert wurden; eine Behandlung im Hauptausschuss sei nicht zwingend vorgeschrieben.

Ursprünglich war mit den Ver- und Entsorgern vorbesprochen, die Leitungen ab September 2020 erneuern zu lassen, damit es während des Weihnachtsgeschäftes 2020 in der Hamburger Straße nicht zu Aufgrabungen kommt und das eigentliche Straßenbauprojekt im Jahr 2021 durchgeführt werden kann.

gez. Markus Kubczigk	gez. Ulrich Kewersun
Vorsitzender	Protokollführer